



Öffentliche Bekanntgabe

Dienstgebäude
Stresemannstraße 48

Auskunft erteilt
Herr Lukassen

Zimmer 420

T (04 21) 3 61 10738

F (04 21) 3 61 10035

E-mail
daniel.lukassen@stadtamt.bremen.de

Datum und Zeichen
Ihres Schreibens

Unser Zeichen
(bitte bei Antwort angeben)
051-21-

Bremen, 18.08.2016

Allgemeinverfügung

Gem. der §§ 10 Abs. 1 und 15 Abs. 1 Ziffer 1 des Bremischen Polizeigesetzes in Verbindung mit § 35 Satz 2 des Bremischen Verwaltungsverfahrensgesetzes ergeht nachfolgende Allgemeinverfügung zum Schutze der öffentlichen Sicherheit.

1. Anlässlich des Fußballdrittligaspiels SV Werder Bremen II gegen VfL Osnabrück am 26.08.2016 um 19:00 Uhr wird Besucher_innen dieses Spiels, die sich gesammelt zum Weser Stadion begeben wollen, untersagt, dies in Form eines sog. Fanmarsches zu tun. Insoweit wird ein fußläufiges Durchquerungsverbot für den im anliegenden Plan gekennzeichneten Bereich ausgesprochen. Den Besuchern des Fußballspiels wird stattdessen ein kostenloser Transfer mit öffentlichen Verkehrsmitteln zum Stadion ermöglicht.

Auch nach Spielende wird den Besucher_innen untersagt, den im anliegenden Plan gekennzeichneten Bereich in Form eines sog. Fanmarsches zu durchqueren. Für den Rückweg nach Spielende gilt das Angebot des Transfers per Shuttle Bus optional.

Eingang
Stresemann-
Straße 48
28078 Bremen

Dienstgebäude
Stresemann-
Straße 48
28078 Bremen

Bus / Straßenbahn
Haltestellen
Steubenstraße
Hans-Brecht-Allee

Sprechzeiten
Mo. - Fr.
08:00 - 12:00 Uhr

Bankverbindungen
Bremer Landesbank (BLZ 290 500 00) Kto. 1070115000
Deutsche Bundesbank (BLZ 290 000 00) Kto. 29001565
Sparkasse Bremen (BLZ 290 501 01) Kto. 1090653

2. Zudem wird den Besuchern dieses Drittligaspiels untersagt, Glasflaschen und Getränkedosen sowie andere Gegenstände, die als Hieb Waffen oder Wurfgeschosse (auch pyrotechnischer Art) dienen können, mit sich zu führen.

3. Für den Fall der Zuwiderhandlung gegen die Ziffer 1 dieser Allgemeinverfügung wird die Anwendung unmittelbaren Zwangs gem. § 11 ff des Bremischen Verwaltungsvollstreckungsgesetzes dergestalt angedroht, als dass die Besucher, die einen Fanmarsch zum Stadion antreten wollen, zwangsweise daran gehindert werden.

4. Für den Fall der Zuwiderhandlung gegen Ziffer 2 dieser Allgemeinverfügung wird zugleich die Anwendung unmittelbaren Zwangs durch Wegnahme und Sicherstellung von Glasflaschen oder Getränkedosen oder anderer Gegenstände, die als Hieb Waffen oder Wurfgeschosse eingesetzt werden können, gem. § 11 ff des Bremischen Verwaltungsvollstreckungsgesetzes angedroht.

5. Die sofortige Vollziehung dieser Allgemeinverfügung wird angeordnet.

6. Die Bekanntgabe dieser Verfügung erfolgt gem. § 41 Bremisches Verwaltungsverfahrensgesetz öffentlich, in dem der verfügende Teil ortsüblich, und zwar im Stadtamt Bremen, Stresemannstraße 48 bekanntgemacht wird. Die Begründung dieser Allgemeinverfügung kann im Stadtamt Bremen, Stresemannstraße 48, 28207 Bremen (Empfangsraum/Infopoint im Erdgeschoss), während der allgemeinen Öffnungszeiten eingesehen werden.

Abweichend von § 41 Abs. 4 Satz 3 BremVwVfG, wonach der Verwaltungsakt zwei Wochen nach der ortsüblichen Bekanntgabe als bekannt gegeben gilt, wird gem. Satz 4 dieser Vorschrift der 23.08.2016 als Tag der Bekanntgabe bestimmt.

Begründung

Gem. § 10 Bremisches Polizeigesetz in Verbindung mit § 35 Satz 2 des Bremischen Verwaltungsverfahrensgesetzes kann die Ortschaftspolizeibehörde eine Allgemeinverfügung zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit erlassen. Polizei im Sinne des bremischen Polizeigesetzes sind u.a. auch die Verwaltungsbehörden, denen Aufgaben zur Gefahrenabwehr übertragen worden sind. Hier zuständige Behörde ist das Stadtamt Bremen. Eine Allgemeinverfügung ist immer dann auszusprechen, wenn ein Verwaltungsakt erlassen werden soll, der sich an einen nach allgemeinen Merkmalen bestimmten oder bestimmbaren Personenkreis richtet.

Eine Gefahr im Sinne dieses Gesetzes ist eine Sachlage bei der im Einzelfalle die hinreichende Wahrscheinlichkeit besteht, dass in absehbarer Zeit ein Schaden für die öffentliche Sicherheit eintritt.

Öffentliche Sicherheit im Sinne der Gefahrenabwehr ist die Unverletzlichkeit der objektiven Rechtsordnung, der subjektiven Rechte und Rechtsgüter des Einzelnen sowie der Einrichtungen und Veranstaltungen des Staates und der sonstigen Träger der Hoheitsgewalt.

Im vorliegenden Fall ist aufgrund der plausiblen polizeilichen Lageeinschätzung zum Verhalten der Fußballfans des VfL Osnabrück mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit zu befürchten, dass es auch bei der am 26.08.2016 um 19:00 Uhr in Bremen stattfindenden Drittligapartie beider Mannschaften zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Anhängern beider Mannschaften, von Fan-Gruppen untereinander und auch zu Angriffen gegenüber den Einsatzkräften der Polizei kommen wird. Entsprechende Einsatzberichte der Polizei – insbesondere aus den letzten beiden Jahren – bestätigen diese Prognose. Dabei sind in der Vergangenheit die Fans des VfL Osnabrück folgende Vorfälle zuzuordnen:

Am 26.09.15 in Großaspach

Vor dem Spiel kam es zu Diskrepanzen zwischen der Osnabrücker Klientel und dem Veranstalter/Polizei wegen eines nicht angemeldeten Tapeten-Banners, dessen Einbringen im Gästeblock untersagt wurde. Auf Grund dieser Untersagung warf ein namentlich bekannter Osnabrücker Störer ein Banner gezielt über ein Innentor auf Polizeikräfte. Nur auf Grund einer Ausweichbewegung wurden keine Personen getroffen (1x Strafanzeige).

Nach dem Spiel wurde auf Osnabrücker Seite ein Banner mit der Aufschrift „Bischof du Arschloch“ aufgehängt. Als ein Sicherheitsdienstmitarbeiter den Verantwortlichen beim Verlassen des Stadions festhalten wollte, schlug dieser den Steward. Der Störer wurde vorl. festgenommen und angezeigt.

Am 17.10.15 in Würzburg

Sehr frühe Anreise !! Ca. 50 Osnabrücker Ultras, die mit dem Bus der Fa. „Wöstmann“ unterwegs waren, wurden gegen 10:45 Uhr im Bereich Würzburg-Heidingsfeld (BAB 3) polizeilich aufgenommen und zur Gaststätte „Muck“ begleitet.

Unerwartet reisten um 11:24 Uhr ca. 50 schwarz gekleidete Osnabrücker Personen der Kategorie B mit der RE 4609-Verbindung aus Frankfurt/Main (ab: 09:30Uhr) nach Würzburg Hbf an. Anschließend fuhr die Gruppe mit der Straßenbahn in die Gaststätte „Muck“. Dabei handelte es sich um sog. „Jungultras“ der Gruppierung „Inferno Osnabrück“.

Gegen 12:30 Uhr führten ca. 120 Osnabrücker Unterstützer, darunter ca. 50 Personen der Kategorie B und 13 der Kategorie C (inklusive neun „Stadionverbotler“) einen **Fanmarsch** von der Gaststätte zum Stadion durch.

Im Rahmen von Aufklärungsmaßnahmen wurde bekannt, dass nach dem Spiel eine **Auseinandersetzung** zwischen Osnabrücker und Würzburger Anhängern **verabredet** worden sei. Diese Auseinandersetzung konnte jedoch durch eine unmittelbare Kräfteverlagerung verhindert werden.

Am 31.10.15 in Mainz

Während der zweiten Halbzeit wurden auswärtige Störer von eingesetzten Polizeikräften dabei beobachtet, wie sie versuchten, über einen Zaun zu klettern und ins Stadion zu gelangen. Bei der anschließenden Personenkontrolle wurde bekannt, dass beide Personen zuvor bereits vom Ordnungsdienst des Stadions verwiesen worden waren, weil sie zuvor einen **Mitarbeiter des Ordnungsdienstes bedroht** haben sollen. Gegen beide Tatverdächtige wurde Strafanzeige erstattet.

Dabei haben in der Vergangenheit die jeweils Betroffenen sich auf dem Weg zum Stadion zusammengeschlossen und sich dabei Auseinandersetzungen mit Bremer Fans sowie der Polizei geliefert und dabei insbesondere auch mit Glasflaschen und Geträndedosen und anderen Gegenständen geworfen und/oder geschlagen und dabei beabsichtigt oder billigend in Kauf genommen, Anhänger des anderen Fanlagers, unbeteiligte Besucher dieser Fußballspiele und insbesondere auch die zum Schutz eingesetzten Polizeibeamten zu verletzen.

Es ist deshalb zur Vermeidung von Sachbeschädigungen, Körperverletzungen und sonstiger Straftaten erforderlich, den Fanmarsch zum Stadion zu untersagen und das Mitführen zur Gefährdung geeigneter und dafür wiederholt genutzter Gegenstände zu verbieten. Dazu zählen Glasflaschen, Geträndedosen oder andere Gegenstände, die zu Hieb Waffen oder Wurfgeschossen umfunktioniert werden können. Fanmärsche stellen ein nicht zu unterschätzendes Gefahrenpotential dar, weil eine Vielzahl von Personen,

- den ÖPNV und den Individualverkehr stark und lang anhaltend behindern,
- in der Regel stark angetrunken bzw. betrunken sind;
- gegenüber Anhängern des gegnerischen Vereins unter skandieren von Schlachtrufen / Beleidigungen versuchen werden, diese zu provozieren,
- das Begehen von Straftatbeständen der Körperverletzung billigend in Kauf nimmt,
- mit offensichtlichem ‚Erlebnishunger‘ an diesen Provokationen unter dem Schutz der Gesamtmenge und innerlich unerreichbar für polizeiliche Ansprachen teilnimmt,
- aus der Menge heraus und auch unter deren Schutz zu unkontrollierten Handlungen neigt, sobald ‚gegnerische‘ Anhänger in Sichtweite geraten oder die Polizei rechtmäßig Grenzen setzen will,
- bereit sind, körperliche Angriffe auf Polizeibeamte und auf Personen, die für gegnerische Anhänger gehalten werden mittels Flaschenwürfen / Knallkörperwürfen u.ä. zu begehen,
- verbotene Gegenstände (Knallkörper, Fackeln, Selbstlaboraten) mit sich führt,
- unter zumindest teilweiser Vermummung auftritt, um so gefahrenabwehrende oder strafverfolgende Maßnahmen zu erschweren,
- mit dem Ziel auftreten, als aggressive Großgruppe mit Machtanspruch außerhalb rechtsstaatlicher Regelungen mit einem entsprechend gewolltem Einschüchterungspotential in der Öffentlichkeit wahrgenommen zu werden.

Auch mit starken Polizeikräften und einschließender Begleitung (soweit überhaupt möglich), sind solche Personenmehrheiten polizeilich nicht beherrschbar. 500, 1000 oder mehr Personen wie beschrieben, sind in der Bewegung mit polizeilichen Mitteln schwer bis gar nicht zu stoppen. Die Frage der Verhältnismäßigkeit ist bei dieser faktischen Beurteilung noch gar nicht berührt. Geeignete Gefahrenabwehr-

oder Strafverfolgungsmaßnahmen sind in solchen Gruppen mit angemessenen Mitteln grundsätzlich ausgeschlossen.

Das mit dieser Allgemeinverfügung verfolgte Ziel dient allein dem vorgenannten Zweck der Gefahrenabwehr; die Entscheidung ist deshalb dringend erforderlich, geeignet und zudem angemessen, um die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten.

Der Kreis der von diesem Verbot Betroffenen Besucher_innen und Fangruppen ist hinreichend bestimmt und wird darüber hinaus bei der Überprüfung durch die Polizei zusätzlich in unmittelbarer Weise angesprochen. Dabei wird die Polizei mit Augenmaß vorgehen und denjenigen Besuchern des Bundesligaspiels, die erkennbar nicht zum Begehen von Gewalttätigkeiten neigen, die Möglichkeit einräumen, den Hinweg zum Stadion individuell zurückzulegen. Eine Selektion zwischen ‚Normalreisenden‘ und „Fans des VfL Osnabrück“ wird bereits am Zielbahnhof von der Bundespolizei vorgenommen. Ferner wird die Polizei Bremen Durchlassstellen für Unbeteiligte einrichten. Sollte an diesen Stellen der Wunsch von Fans geäußert werden, sich individuell zum Stadion oder in die Innenstadt bzw. andere örtliche Bereiche begeben zu wollen, erfolgt eine Einzelfallprüfung. Grundsätzlich können Einzelpersonen oder Kleingruppen passieren, wenn hierdurch eine Sicherheitsstörung nicht wahrscheinlich ist.

Dadurch, dass das Stadtamt als zuständige Behörde diese Entscheidung nach pflichtgemäßen Ermessen trifft, erfolgt nur ein – unter den vorgenannten Gründen gerechtfertigter – minimaler Eingriff in die persönlichen Rechte des Einzelnen, indem ihm allenfalls nicht gestattet ist, beim Besuch des Fußballspiels die Anreise vom Bahnhof aus zum Stadion in eigener Regie durchzuführen und Gegenstände der vorgenannten Art mit sich zu führen, er ansonsten aber am Besuch des Spiels nicht gehindert wird. Durch den Umstand, dass ihm ein kostenloser Transfer mit öffentlichen Verkehrsmitteln ermöglicht wird, ist er in seiner Freiheit nur unwesentlich eingeschränkt.

Das in diesem Zusammenhang von der Polizei Bremen erstellte Beförderungskonzept sieht einen Transport mit Bussen zum Parkplatz P 5 am Stadiongelande vor. Durch die Aufspaltung der Großgruppe in Mengen von je ca. 50 bis 80 Personen pro Bus wird dem zuvor beschriebenen Massenproblem entgegengewirkt. In den Fahrzeugen befinden sich Polizeibeamte zum Schutz der Fahrer. Ferner wird jeder Bus, sobald er gefüllt ist, unter Begleitung von Polizeifahrzeugen mit Sonderrechten zum Zielort, der sich in Sichtweite des Stadions befindet, geführt. Hierdurch ist für die Fans die Deckungsmenge und der ‚Schutz‘ vor polizeilichen Zugriffsmaßnahmen in der Masse der Teilnehmer nicht mehr gegeben. Ferner wird die reine Fahrtzeit nur ungefähr 15 Minuten dauern. Zudem besteht in den Bussen nur eine erheblich geringere Möglichkeit der Beeinträchtigung der öffentlichen Sicherheit.

Am „Parkplatz P 5“ werden die auswärtigen Fans aus den Fahrzeugen gelassen, um sich zu sammeln und auf die nachfolgenden Busse zu warten. Die räumlichen Gegebenheiten lassen hier unter Vermeidung einer Störung Unbeteiligter das Sammeln der Fangruppe und den Lauf in Richtung Stadion ebenso zu, wie notfalls den Einsatz von Polizeikräften zum Schutz der öffentlichen Sicherheit. In diesem Bereich lässt die Polizei Bremen keinen anderweitigen Publikumsverkehr zu, sodass der ungestörte Wei-

tergang zum Stadion sichergestellt werden kann, welches sich zudem wenige hundert Meter entfernt in Sichtweite befindet.

Für den Rücktransport nach Spielende gilt das Fanmarschverbot entsprechend. Die Möglichkeit der Beförderung zum Hauptbahnhof per Shuttle Bus wird optional angeboten.

Das mit dieser Entscheidung verfolgte Ziel dient allein dem vorgenannten Zweck der Gefahrenabwehr; sie ist deshalb zwingend erforderlich, geeignet und zudem angemessen, um die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten. Sie beeinträchtigt den Einzelnen nur minimal und beschränkt ihn in seinen Freiheitsrechten nur für einen kurzen und damit überschaubaren Zeitraum. Ein gleichermaßen geeignetes, milderes Mittel steht nicht zur Verfügung.

Es ist daher nicht unverhältnismäßig zum Schutze der Besucher und somit der Allgemeinheit diese Allgemeinverfügung zu erlassen. Deshalb muss hier im Rahmen der Ausübung unseres pflichtgemäßen Ermessens das jeweilige Privatinteresse an einer Veranstaltung teilzunehmen, die nicht durch behördliche Entscheidungen beschränkt wurde, klar hinter dem öffentlichen Interesse am Schutz der Allgemeinheit sowie der öffentlichen Sicherheit zurückstehen. Insoweit ist die hier getroffene Maßnahme erforderlich, geeignet und auch angemessen, die zuvor beschriebenen Gefahrenpotentiale auszuschließen, zumindest aber so zu minimieren, dass mögliche Schadenseintritte allenfalls von geringer Natur sein würden.

Begründung zur Androhung des unmittelbaren Zwanges

Die Androhung des unmittelbaren Zwanges stützt sich auf die §§ 11, 13, 17, 19 des Bremischen Verwaltungsvollstreckungsgesetzes (BremVwVG) in der derzeit geltenden Fassung.

Der erlassene Verwaltungsakt (Verfügung) kann mit den Zwangsmitteln des § 13 BremVwVG durchgesetzt werden, wenn er unanfechtbar ist oder der sofortige Vollzug angeordnet ist. Als Zwangsmittel im Sinne des § 13 BremVwVG kommen Zwangsgeld, Ersatzvornahme und unmittelbarer Zwang in Betracht. § 17 Abs. 1 BremVwVG sieht vor, dass diese Zwangsmittel schriftlich angedroht werden müssen.

Nach § 17 Abs. 2 BremVwVG kann diese Androhung auch mit dem Verwaltungsakt verbunden werden, durch den die Handlung, Duldung oder Unterlassung aufgegeben wird, insbesondere dann, wenn der sofortige Vollzug angeordnet ist.

Die Androhung der Anwendung des Zwangsmittels „unmittelbarer Zwang“ gemäß §§ 11 ff BremVwVG ist die geeignete und erforderliche Maßnahme, um die hier in Rede stehende Allgemeinverfügung effektiv durchsetzen zu können. Wegen der besonderen Situation rund um ein Drittligaspiel und der damit insbesondere verbundenen kurzfristigen Anreise der Besucher muss die Polizei ein wirksames Mittel zur Hand haben, auch demjenigen, der nicht freiwillig bereit ist, den kostenlosen Transfer zum Stadion zu nutzen bzw. Gegenstände der genannten Art abzugeben, zwangsweise an dem Fanmarsch zu hin-

dern bzw. ihm den gefährlichen Gegenstand auch zwangsweise abnehmen zu können. Andere Zwangsmittel, insbesondere die Androhung und Festsetzung eines Zwangsgeldes gemäß § 14 BremVwVG, sind nach pflichtgemäßer Prüfung und Bewertung aufgrund ihrer Ungeeignetheit und des im öffentlichen Interesse gebotenen sofortigen Eingreifens zur Beendigung gefährdender Zustände hierfür weder geeignet noch zweckmäßig.

Begründung zur Anordnung der sofortigen Vollziehung

Die sofortige Vollziehung dieser Entscheidung wird angeordnet. Ein ggf. eingelegtes Rechtsmittel gegen die getroffenen Anordnungen hat daher keine aufschiebende Wirkung. Die Anordnung der sofortigen Vollziehung, die auf § 80 Abs. 2 Nr. 4 der Verwaltungsgerichtsordnung gestützt wird, ist im öffentlichen Interesse erforderlich, da die Veranstaltung bereits am 26.08.2016 stattfindet und eine Entscheidung in einem evtl. Hauptsacheverfahren bei dem erheblichen Sicherheitsbedürfnis der Veranstaltungsteilnehmer, nicht abgewartet werden kann. Es kann insbesondere nicht hingenommen werden, dass einzelne Veranstaltungsteilnehmer durch das Einlegen von Rechtsmitteln, die dann aufschiebende Wirkung hätten, den Sinn der ausgesprochenen Beschränkungen ins Leere laufen lassen würden, da das ausgesprochene Verbot dann nicht umgesetzt werden könnte.

Zudem ist bei einem Drittligaspiel mit dieser Problemstellung immer eine besondere Sicherheitslage gegeben. Die bekanntermaßen bestehenden Fan-Rivalitäten lassen einen ungestörten und gewaltfreien Ablauf des Spiels einschließlich der An- und Abreise der jeweiligen Fangruppen nicht erwarten. Aktuell kommt erschwerend hinzu, dass die Stimmung aufgrund der bekannten Rivalität der Anhänger beider Vereine bereits erheblich emotional aufgeladen ist. Für alle Beteiligten muss deshalb dahingehend Klarheit herrschen, in welchem Rahmen an der Veranstaltung unter Sicherheitsgesichtspunkten teilgenommen werden kann. Insbesondere ist es auch erforderlich, der Polizei durch diese Entscheidung die Möglichkeit zu geben, ihr jeweiliges Einsatzkonzept auf der Grundlage der hier ergangenen Entscheidung verlässlich ausrichten zu können. Es kann deshalb im öffentlichen Interesse nicht hingenommen werden, dass Besucher eines Drittligaspiels durch einen Fanmarsch, aus dem heraus das Begehen von Gewalttaten zu befürchten ist und die zweckentfremdete Nutzung von Getränkedosen und Glasflaschen und anderen Gegenständen als Hieb Waffen oder Wurfgeschosse in die Lage versetzt werden, die öffentliche Sicherheit derart beeinträchtigen zu können. Allein vor diesem Hintergrund ist die Anordnung des Sofortvollzuges dieser Entscheidung sachlich gerechtfertigt und vor allem nicht unverhältnismäßig. Das private Interesse eines jeden Einzelnen an der aufschiebenden Wirkung eines etwaigen Widerspruchs muss hier in Abwägung zu dem Interesse der Allgemeinheit an der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit deutlich zurückstehen, zumal ihm der Besuch des Spiels ja nicht verwehrt wird.

Die Bekanntgabe dieser Verfügung erfolgt öffentlich, damit der nicht feststehende Personenkreis, der dieser Drittligapartie beiwohnen möchte, Kenntnis vom Inhalt dieser Entscheidung erlangen kann. Zu-

dem wird sie im Intranet der Polizei veröffentlicht und den Fanverantwortlichen des VfL Osnabrück übermittelt.

Die Bekanntgabe richtet sich nach § 41 Abs. 4 Bremisches Verwaltungsverfahrensgesetz. Danach ist der verfügende Teil eines Verwaltungsaktes ortsüblich bekanntzugeben. Die ortsübliche Bekanntgabe erfolgt in Bremen durch Aushang in unserer Behörde. Im Aushang wird angegeben, wo die vollständige Entscheidung eingesehen werden kann. Der Verwaltungsakt gilt grundsätzlich zwei Wochen nach der ortsüblichen Bekanntgabe als bekannt gegeben. Nach § 41 Abs. 4 Satz 4 BremVwVfG kann bei einer Allgemeinverfügung ein hiervon abweichender Tag bestimmt werden.

Davon wird im vorliegenden Fall Gebrauch gemacht, in dem der 23.08.2016 als Tag der Bekanntgabe bestimmt wird. Dies ist deshalb erforderlich, weil das Bundesligaspiel bereits am 26.08.2016 stattfindet und eine Bekanntgabe nach § 41 Abs. 4 Satz 3 BremVwVfG zwei Wochen davor nicht mehr möglich ist.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diese Verfügung kann innerhalb eines Monats nach ihrer Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Ein Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift beim Stadtamt Bremen, Stresemannstraße 48, 28207 Bremen, zu erheben.

Durch die Anordnung der sofortigen Vollziehung entfällt die aufschiebende Wirkung eines eingelegten Widerspruchs. Sie können die Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung des Widerspruchs beim Senator für Inneres und Sport, Contrescarpe 22/24, 28203 Bremen, oder beim Verwaltungsgericht Bremen, -Justizzentrum- Am Wall-, Am Wall 198, 28195 Bremen, beantragen.

Im Auftrag



Lukassen

Karte zum Verbot von Fanmärschen im Stadtgebiet Bremen



In den Grenzen:

Nördlich: Nordwestknoten, Bürgerpark (Hollerallee), Bahnlinie ü. HBF bis Bhf. Sebaldsbrück

Östlich: Hemelinger Bahnhofstraße

Südlich: Weser, über Wilhelm- Kaisen- Brücke, Neustadtscontrescarpe

Westlich: Bahnlinie von Bhf. Neustadt bis Nordwestknoten, Findorffstraße